



Netzwerk Europäischer Eisenbahnen e.V. | Reinhardtstraße 46 | 10117 Berlin

Netzwerk Europäischer Eisenbahnen e.V.

Herrn Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Klimaschutz und Wirtschaft  
Herrn Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen  
Herrn Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr  
Frau Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,  
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Reinhardtstraße 46 | D-10117 Berlin  
Tel +49 30 531491470  
Fax +49 30 531491472  
Mail [office@netzwerk-bahnen.de](mailto:office@netzwerk-bahnen.de)  
Web [www.netzwerk-bahnen.de](http://www.netzwerk-bahnen.de)

Berlin, 15. März 2022

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lemke, sehr geehrte Herren Bundesminister,

der vom russischen Präsidenten befohlene Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in Europa, die sofortiges Handeln und die breite Überprüfung bisher verfolgter Ziele zugleich erfordert. Die Waffen zum Schweigen zu bringen und den bedrängten Menschen zu helfen, ist absolut prioritär für die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Politik. Die Güterbahnen und ihre Mitarbeiter:innen hoffen auf ein schnelles Ende der Gewalt, sie unterstützen die Politik von Bund und EU und engagieren sich in der zivilen Hilfe. Bitte kommen Sie auf uns zu, wo immer Sie weitere Möglichkeiten für eine Unterstützung sehen.

Erlauben Sie uns, Stellung zum Umgang mit den bereits vor Kriegsbeginn stark steigenden Energiepreisen zu nehmen. Der Güterverkehr insgesamt spielt bisher nur am Rande eine Rolle, der Schienengüterverkehr gar keine. Der Blick auf einen bereits heute besonders energieeffizienten, klimafreundlichen und ähnlich wie in der Corona-Krise stabilen Dienstleister für Handel und Industrie lohnt aber, denn er ist jenseits der tagespolitischen Notwendigkeiten unter anderem für die Erreichung der Klimaschutzziele und eine Verringerung der Importabhängigkeit von Energien unverzichtbar und darf in der aktuellen Krise nicht aus dem Blick geraten.

Heute wurden die Werte der Treibhausgasemissionen des Jahres 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Klimaschutzziele im Verkehrsbereich wurden verfehlt. Im zweiten Pandemiejahr lagen die Emissionen aus dem Straßengüterverkehr über den Werten des Jahres 2019, dem letzten vollständig pandemiefreien Jahr. Insgesamt ist der Güterverkehr für knapp ein Drittel aller verkehrsverursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der weiterhin fast völlig mit Diesel betriebene Lkw trägt 96 Prozent der Emissionen bei und ist schon wegen des hohen spezifischen Energieverbrauchs in besonderem Maße von Importen abhängig.

Aus Ihren Häusern erreichen uns teilweise Signale, die bereits bestehende Privilegierung von Dieselmotoren bei der Energiesteuer aufgrund der aktuellen starken Preissteigerungen durch Erstattungen oder weitere Steuererleichterungen noch zu erweitern. Bitte bedenken Sie dabei die dramatischen Nebenwirkungen für fiskalische sowie verkehrs- und umweltpolitische Ziele der Regierung.

Wir möchten Sie erneut darauf aufmerksam machen, dass der Schienengüterverkehr seit langem - und seit Anfang 2021 in immer größerem Umfang - **stärkere** (Strom-)Preissteigerungen verkraften muss als der Lkw. Im preis-sensiblen Güterverkehrsmarkt wird es damit für die Güterbahnen immer schwerer, wettbewerbsfähige Angebote

Vorstandsvorsitzender: Ludolf Kerkeiling  
Vorstand: Sven Flore (stellvertr. Vorsitzender), Gerhard Timpel (Schatzmeister),  
Isabelle Schulze, Thomas Knechtel, Roger Mahler, Thilo Beuven  
Geschäftsführer: Peter Westenberger  
Vereinsitz: Berlin, Amtsgericht Charlottenburg, VR 23902 B

zur Straße zu machen bzw. aufrechtzuerhalten. Manche Unternehmen geraten durch die Strompreisentwicklung und vereinzelt auch im Zusammenhang mit der Unterbrechung von Transportketten in existenzielle Notlagen.

Die aktuelle Entwicklung der Energiepreise kann durch die Güterverkehrsunternehmen in weiten Teilen nicht ausreichend schnell an die Kunden weitergegeben werden. Inwieweit dies existenzgefährdend ist, hängt von den derzeit stattfindenden Verhandlungen mit den Kunden und gegebenenfalls auch politischen Maßnahmen ab. Nach heutiger Einschätzung ist die Notwendigkeit temporärer Hilfen für unverschuldet in Notlagen geratene Unternehmen allerdings gegeben. Hilfen für Unternehmen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die erhöhten Energiepreise an die Kunden weitergegeben werden können, müssen aus unserer Sicht diskriminierungsfrei erfolgen. Für den Schienengüterverkehr bieten sich aus unserer Sicht die im vergangenen Jahr als Coronahilfe durchgeführte erhöhte Trassenpreisförderung oder auch der Entfall der Netzentgelte für den Bahnstrom an.

Unser Verband ist grundsätzlich der Auffassung, dass Güterverkehre nutzerfinanziert und fair mit externen Kosten belastet sein sollten. In dem Fall wären Subventionen nicht erforderlich und der Markt würde sich für den umweltfreundlichsten Verkehrsträger entscheiden. Davon sind wir noch ein großes Stück entfernt und hoffen, dass die Bundespolitik in der aktuellen Entwicklung nicht die falsche Richtung einschlägt. Wir überreichen Ihnen hierzu vorab unser Positionspapier. Bei allen gegebenenfalls zu beschließenden Maßnahmen werben wir daher für die Beachtung folgender Leitlinien:

- Die Wettbewerbsposition des umweltfreundlichen Schienengüterverkehrs gegenüber der Straße muss weiter verbessert und darf nicht durch einseitige Fördermaßnahmen für die Straße gefährdet werden.
- Bei einem derzeit nicht erkennbaren aber auch nicht auszuschließenden massivem Einbruch der Gesamtwirtschaft muss gegebenenfalls unverschuldet in Not geratenen Unternehmen mit gezielten Maßnahmen individuell geholfen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ludolf Kerkeling  
*Vorstandsvorsitzender*



Peter Westenberger  
*Geschäftsführer*